



Der Weg zur Klimahölle ist mit Freihandelsabkommen gepflastert

CETA, JEFTA, Mercosur & Co. – heiße Luft überall: von der Bundesregierung, vom brennenden Regenwald, vom Seetransport, von der Massentierhaltung ... nach uns die Sintflut! Der Amazonas Regenwald brennt, er wird zunehmend für Sojaanbau und Rinderzucht hergerichtet, für das Geschäft, das mit dem Mercosur-Freihandelsabkommen für Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay vorgesehen ist. Soja wird in Deutschland für die Massentierhaltung eingesetzt, damit wir noch mehr billiges Fleisch produzieren, essen und exportieren können – was nicht die allerbeste Ernährung ist.

Unser Grundwasser wird vergiftet, das Klima weiter zerstört. Gleichzeitig werden nachhaltig arbeitende bäuerliche Betriebe aus dem Markt gedrängt, auch weil CETA & Co. zu zusätzlichen Agrarimporten aus Kanada, den USA, Brasilien und Argentinien führen.

Ein paar tausend Kilometer weiter nördlich, in Kanada, ist derweil ein Gebiet der Fläche Frankreichs bereits in eine Mondlandschaft verwandelt worden, um Öl aus Teersand zu gewinnen. Dass dabei die indigene Bevölkerung vergiftet wird und an Krebs stirbt, interessiert praktisch niemanden, aber immerhin sah die EU-Kommission 2009 ein Problem darin, dass Kraftstoffe aus Teersand besonders CO₂-intensiv sind.

Frei sind nur die Handlungsmöglichkeiten transnationaler Konzerne – nicht die Bürger*innen

Zehn Jahre später haben wir CETA, und die Fossil-Konzerne dieser Welt dadurch die rechtliche Sicherheit,

dass ihr – unter Verletzung der Menschenrechte produziertes – Teufelszeug stets ‚frei‘ in die EU exportiert werden kann.

Bei EU-Freihandelsabkommen bezieht sich die Vorsilbe „frei“ auf die Handlungsmöglichkeiten transnationaler Konzerne, aber eben nicht auf Freiheit der Bürger*innen, diesen Konzernen Regeln im Sinne des Allgemeinwohls aufzuerlegen. „Handelshemmnisse“ werden knallhart beseitigt, und das sind längst nicht nur Zölle. Praktisch jede Politik und jedes Gesetz zum Schutz des Klimas, der Umwelt, der Beschäftigten, der Verbraucher*innen usw. kann den Handel ‚hemmen‘: ‚Freihandel‘ als Freibrief für Profite aus Ausbeutung und Zerstörung.

Sonderschiedsgerichte sichern das System ab

Damit auch wirklich gar nichts anbrennen kann, schafft man auch noch Sonderschiedsgerichte, die Konzernen bereits in vielen Fällen milliardenschwere Entschädigungen zugesprochen haben. Wofür? Dafür, dass sie etwa durch neue Umwelt- oder Arbeitsschutzgesetze vermeintlich ‚indirekt enteignet‘ oder nicht ‚fair und gerecht‘ behandelt wurden, weil ihre Investitionen ja dann nicht mehr so viel geheiligten Profit abwarfen.

Beispielsweise hat die niederländische Regierung beschlossen, für die Erreichung der Klimaziele bis 2024 alte und bis 2029 neuere Kohlekraftwerke abzuschalten. Noch hat der Senat dem Gesetzesvorschlag nicht zugestimmt. Daher lässt der finnisch-deutsche Energieversorger Uniper eine Klage wegen des geplanten

Kohleausstiegs vor einem Sonderschiedsgericht auf Basis der Energiecharta vorbereiten – womit sie dem Beispiel Vattenfalls folgen, das von Deutschland inzwischen 6,1 Milliarden Entschädigung für den Atomausstieg verlangt.

Dabei ist die Erderwärmung mit ihren Deadlines – der Ausdruck ist wörtlich zunehmen – seit Jahrzehnten bekannt. Da könnte man auf die Idee kommen, dass es in der Verantwortung der Unternehmen läge, sich gefälligst rechtzeitig darauf einzustellen. Kohle-, Öl- und Gasindustrie müssen ein Datum für die Abwicklung einplanen, riesige „Vermögen“ in Form von Förderrechten abschreiben und die Brennstoffe in der Erde belassen.

Das CO2-Budget ist begrenzt

Nur noch 600 Gigatonnen CO2 beträgt das globale CO2-Restbudget, spätestens nach seinem Verbrauch (wahrscheinlich schon jetzt) sind Kippunkte erreicht und die Klimaerwärmung verschärft sich unkontrollierbar. Doch der Wirtschaft fällt nichts anderes ein, als das verbleibende, kleine Budget jeweils für sich zu reklamieren. Konzerne machen Geschäfte, in denen sie mehr oder weniger Umwelt verbrauchen. Und sie melken ihre Cash-Cows, z. B. die SUVs, mit der Behauptung, die Gewinne sollten der Entwicklung umweltverträglicher Autos dienen.

Gewinne hatten sie jedoch schon vor 20 Jahren und das Problem der Erderwärmung war auch schon bekannt. Und Abgasbetrugssoftware spricht eher für eine Unternehmenspolitik mit der Orientierung an Erträgen und Expansion. Aufgabe der Politik wäre es unterdessen anzugeben, was in Zukunft nicht mehr geht. Stattdessen will die Bundesregierung nur Anreize setzen und mit üppigen Autokaufprämien und zahlreichen Handelsabkommen das Geschäft anheizen, denn „wir sind Exportweltmeister“ und wollen es bleiben.

Auch bei Handelsabkommen gilt: Mensch und Umwelt vor Profit!

Handelsabkommen sollten sich an die Bedürfnisse der Gesellschaften anpassen, zwischen denen sie abgeschlossen werden, dann dienen sie auch dem

Klimaschutz. Wenn eine Jeans schon zigtausend Kilometer hinter sich hat, bevor sie im Laden liegt, weil jeder Verarbeitungsschritt auf einem anderen Kontinent stattfindet und sie dann trotzdem nur 20 Euro kostet, braucht man nicht lange zu überlegen, um zu wissen, wer den Preis dafür zahlt.



Die Lebensmittelproduktion sollte vor allem regional erfolgen und wenn wir Kaffee und Kakao genießen wollen, sollten wir gleichzeitig sicherstellen, dass deren Produzent*innen nicht von gigantischen Weltkonzernen erdrückt werden. Kaffeebauern nagen chronisch am Hungertuch, Bananananbau ist in der Hand von Großkonzernen, Kakao wird größtenteils mit Kinderarbeit erzeugt und die vorteilhaften Beschäftigungswirkungen entstehen bei Konzernen wie Nestlé in Europa. Das Agrobusiness umgibt sich mit der Erzählung von der Ernährung der 10-Mrd.-Weltbevölkerung, ernährt aber nur 30 % und verbraucht dafür 2/3 der Ressourcen. Und denen, die dabei zu kurz kommen, bleibt dann endgültig nur noch der Raubbau – an der Umwelt, ihrer eigenen Gesundheit und/oder der ihrer Mitmenschen.

Menschenrechte, Klimaschutz und Umwelt müssen Vorrang vor dem vermeintlichen Recht auf hemmungslosen Profit haben. Kämpft mit uns für eine andere Globalisierung! Erste Schritte wären die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und ein verbindlicher Vertrag für die Einhaltung der Menschenrechte in Handelsabkommen, wie er zurzeit im Rahmen der UNO gegen eine widerstrebende Bundesregierung verhandelt wird („Binding Treaty“).

V.i.S.d.P. Klaus Berger, Münchener Straße 48, 64293 Frankfurt a.M.



AG Welthandel

attac.de/kampagnen/handelsabkommen
attac.de/binding-treaty